

Asoziale Marktwirtschaft

Erst war es eine Bankenkrise. Dann begann die Wirtschaftskrise, die seit dem Frühjahr 2008 Fabriken stillstehen lässt. Nun kommt die Arbeitsmarktkrise, die Hunderttausende von Beschäftigten erwerbslos machen wird. Nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts will jedes vierte Unternehmen in Deutschland in den kommenden Monaten Stellen abbauen. Die Bundesregierung rechnet damit, dass die Wirtschaft im laufenden Jahr um etwa sechs Prozent schrumpfen wird. Tausende von Unternehmen werden Pleite gehen, und die Arbeitslosigkeit könnte Rekordstände erreichen. Der weltweite Handel wird abstürzen, die Investitionen können kollabieren, heißt es bei der Weltbank. Überall brechen die Umsätze ein. Die fürs Ausland bestimmten Waren bleiben massenhaft liegen. Die extreme Exportorientierung der deutschen Wirtschaft erweist sich nun als ihre Achillesferse. Weltweit haben in diesem Jahr bisher 145 Großunternehmen Insolvenz angemeldet – vier Mal so viele wie im vergangenen Jahr.

Die Geldgier der Profitjäger hat die Welt in diese Situation gebracht. Und viele Politiker haben sich korrumpieren lassen; verantwortungslos haben sie den immer neuen Forderungen der Kapitalbesitzer nachgegeben. Dabei ist es noch nicht lange her, dass der Staat als störender Faktor in der Marktwirtschaft galt, als Hindernis, das schnell beseitigt werden musste. Vor allem CDU/CSU und FDP forderten weniger Regeln und Kontrollen für den Finanzmarkt, den Abbau von Schutzvorschriften auf dem Arbeitsmarkt und Verzicht auf verbindliche Tarifrechte durch betriebliche Bündnisse für Arbeit.

Die Geister, die man rief...

Die Bundeskanzlerin und andere sehen sich nun mit den fatalen Folgen ihrer Politik konfrontiert. Noch im Wahlprogramm 2005 der C-Parteien hieß es: „Wir entschlacken die Vorschriften zum Kreditwesengesetz und führen die bestehende Überregulierung bei der Bankenaufsicht auf das notwendige Maß zurück.“ Am 10. Mai 2005 unterzeichneten Angela Merkel, Michael Glos und die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine Kleine Anfrage an die rot-grüne Bundesregierung mit der Behauptung, ein funktionierender True-Sale-Verbriefungsmarkt sei von besonderem finanz- und wirtschaftspolitischen Interesse. Die damalige Oppositionsführerin wollte die Verbriefung von Krediten ausdrücklich fördern! Heute, vier Jahre später, hat sich jedoch herausgestellt, dass gerade diese Maßnahme eine der wesentlichen Ursachen für die weltweite Finanzkrise ist.

SPD und Grüne waren in der rot-grünen Koalition nicht nur für den Rückbau des Sozialstaates im Rahmen der „Agenda 2010“ verantwortlich, sondern lockerten auch die bis dahin bescheidenen Regeln des Finanzmarktes. Sie stellten Veräußerungsgewinne steuerfrei, privatisierten die Altersvorsorge und ließen Hedge-Fonds zum Vertrieb zu; zudem senkten sie die Unternehmenssteuern mehrfach. Als die Kreditbranche im Jahr 2005 gegen Pläne Sturm lief, nach denen die Finanzaufsicht Ba-Fin die Geschäftsmodelle der Banken auf ihre Risikotragfähigkeit prüfen sollte, knickte die Regierung ein.

Milliarden für die Banken, neue Lasten für die Steuerzahler

Politik und Kapital haben die arbeitenden Menschen in bedrohliche Schwierigkeiten gebracht. Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen. Es bestehen erhebliche Zweifel daran, ob die Regierungen der betroffenen Staaten wil-

lens und in der Lage sein werden, ihre Gestaltungsmacht zur Beseitigung der Ursachen für die Zustände zu nutzen. Das verlogene Geschwätz deutscher Politiker soll nicht aufklären, sondern einzig der Beruhigung des Volkes dienen, damit dieses die schlimmen Folgen des Turbokapitalismus nicht allzu deutlich erkennt. Die Machthaber wollen die neoliberale Politik fortsetzen und konzentrieren sich derzeit lediglich auf die Rettung von Vermögen. Die Fehler der Vergangenheit sollen mit neuen Schulden behoben werden, damit die Party so schnell wie möglich weitergehen kann.

Die Bundesregierung brachte in dem erstaunlichen Tempo von nur einer Woche ihr 480-Milliarden-Euro-Rettungsprogramm durchs Parlament, um Bankenpleiten zu verhindern. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt 2009 beläuft sich auf 290 Milliarden Euro. Die Hypo Real Estate, eine der wichtigsten deutschen Banken, ist das Sinnbild der Finanzkrise. Am Leben gehalten wird die Bank nur noch durch gigantische Finanzgarantien von Bund und Ländern – mehr als 100 Milliarden Euro. Mittlerweile wurde die Dresdner Bank von der Commerzbank geschluckt – mit fatalen Folgen. Durch die Milliardenverluste der Dresdner geriet die Commerzbank mächtig ins Trudeln. Um die Pleite zu verhindern, musste der Staat mit mehr als 18 Milliarden Euro einspringen. Durch das neue „Bad Bank“-Gesetz können sich alle in Schieflage geratenen Banken von erheblichen Geschäftsrisiken befreien; sie dürfen fast wertlos gewordene Papiere und auch komplette Geschäftsbereiche auslagern. Die Problem-Papiere können auf diese Weise zwischengelagert werden und ermöglichen dadurch gefährdeten Banken einen weitgehend unbelasteten Neustart. Nach einem Bericht der EU-Finanzminister haben die Staaten der Europäischen Union bis zum Stichtag 8. Mai 2009 den Bankensektor mit staatlichen Hilfen von insgesamt 3.700 Milliarden Euro unterstützt, das sind gut 30 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Was sind die Ursachen für den Zusammenbruch der Finanzmärkte? Aus vermutlich wohlervogenen Gründen denkt niemand daran, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die sich ausschließlich mit dieser einen Frage befasst: Wie konnte es dazu kommen? Wo sind Aufklärung und Diskussionen über die Ursachen? Offenbar wollen Politiker und Kapitalbesitzer mit ihren Lobbyisten in den Medien den Kapitalismus um jeden Preis schützen, weil sie fürchten, dass dieses Wirtschaftssystem künftig von der großen Mehrheit der Menschen nachdrücklich abgelehnt wird. Und deshalb wird weiter gemacht wie bisher. In der Bankenbranche wird weiter abgezockt. Im Ausland wollen immer mehr Banken dazu übergehen, ihr Personal verstärkt über Grundgehälter und weniger über erfolgsabhängige Prämien zu entlohnen. Jüngstes Beispiel ist die amerikanische Citigroup. Die durch staatliche Kapitalzufuhren von 45 Milliarden Dollar vor dem Zusammenbruch bewahrte Bank will die Grundgehälter für einen großen Teil ihrer Belegschaft um bis zu 50 Prozent aufstocken.

Die Gier der Kapitalisten ist nicht zu bremsen. Die Banken sind nach wie vor außer Kontrolle. „Warum sollten sich die Banker anders verhalten als zuvor, schließlich spielen sie nicht auf eigenes, sondern auf des Steuerzahlers Risiko. Damit wäre der Keim für die nächste Krise gelegt“, erklärte Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in einem Gespräch mit dem *Handelsblatt*. Die Bundesregierung hat immer wieder angekündigt, die Geschäfte der Banken in Zukunft härter zu kontrollieren, die Regeln des Finanzmarktes umzuschreiben. Doch während die Politik noch diskutiert, zocken die Banker fröhlich weiter und drehen ihren Kunden fragwürdige Produkte an. Mit hunderten Milliarden Euro muss der Steuerzahler für Fehler gieriger Bankmanager geradestehen und wird als Kunde weiter über den Tisch gezogen. Und noch im-

mer gibt es in Deutschland keine Bankenkontrolle, die Verbraucher vor dubiosen und hochspekulativen Finanzanlagen schützt. Überall ermitteln Staatsanwälte gegen ehemalige Bankvorstände. Doch bisher ist keiner verurteilt worden. Im Gegenteil: Die Herren kassieren Abfindungen, Nachzahlungen, Pensionen. Wo bleibt da der Aufstand der Betrogenen?

Arbeitslosenstatistik: ein Etikettenschwindel

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in den vergangenen Jahren ärmer wurde und nur die oberen zehn Prozent wirklich reicher. Schon heute spiegelt die offizielle Arbeitslosenstatistik nur einen Teil der wahren Misere wider. Insgesamt 5,477 Millionen Menschen waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Juni 2009 arbeitsuchend – rund 420.000 mehr als ein Jahr zuvor. Allerdings zählen nicht alle offiziell als arbeitslos. Der DGB schätzt, dass die Zahl der Arbeitsuchenden bis 2010 auf sechs Millionen ansteigen könnte. Nach wie vor wird jedoch nur gut ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung betreut, weil immer weniger Arbeitslose von der BA-Statistik erfasst werden. Es gibt einen großen Anteil verdeckter Arbeitslosigkeit; von ihm spricht sogar der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Etwa 1,2 Millionen Erwerbslose werden nach seiner Berechnung nicht erfasst. Dazu gehören Arbeitslose, die eine Schulung absolvieren, die krankgeschrieben sind, die sich in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme befinden oder einen Ein-Euro-Job haben. Ebenfalls außen vor bleibt, wer Kurzarbeitergeld bekommt, selbst wenn er auf Kurzarbeit Null gesetzt ist. Mit 1,3 Millionen Kurzarbeitern rechnet die Bundesregierung vorläufig für dieses Jahr; aber niemand kann ausschließen, dass es an seinem Ende nicht doppelt oder dreimal so viele sein werden. Nicht mitgezählt werden außerdem alle Erwerbslosen, die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beziehen oder in einem der anderen vorruhestandsähnlichen Programme stecken. Sie alle lassen sich zwar in den verschiedenen Statistiken irgendwo finden. Aber bei der monatlichen Verkündung der offiziellen Arbeitslosenzahl durch die Bundesagentur für Arbeit sind sie nicht dabei. Künftig, wenn auch all diejenigen Arbeitslosen aus der Statistik verschwunden sein werden, die von privaten Vermittlern betreut werden, könnte die amtliche Zählung um weitere 200.000 Arbeitslose erleichtert werden.

Arbeit für einen Hungerlohn

In Deutschland arbeiten 6,5 Millionen Menschen im Billiglohnbereich. Stundenlöhne von sechs Euro brutto und weniger sind an der Tagesordnung. Mehr als jeder fünfte Beschäftigte ist betroffen. Das geht aus einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hervor. Die Forscher beobachten einen Trend zu sinkenden Durchschnittslöhnen und einer weiteren Lohnspreizung nach unten. Die IAQ-Berechnungen zeigen außerdem, dass die Durchschnittslöhne von Niedriglohnbeschäftigten in den vergangenen zwölf Jahren inflationsbereinigt nicht gestiegen und in Westdeutschland sogar nominal gesunken sind. Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte arbeitet danach für weniger als sechs Euro brutto in der Stunde. 1,2 Millionen Betroffene verdienen 2007 sogar weniger als fünf Euro. Auch Vollzeitbeschäftigung schützt der Studie zufolge nicht vor niedrigen Stundenlöhnen. Etwa ein Viertel der Beschäftigten mit Stundenlöhnen unter fünf Euro verdienen trotz voller Arbeitszeit im Monat nicht mehr als rund 800 Euro brutto. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich dabei deutlich erhöht von 58,5 Prozent im Jahr 1995 auf 70,8 Prozent in 2007.

Immer mehr Menschen im Alter von über 50 Jahren sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Kaum ein Arbeitnehmer schafft es in Deutschland, bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres eine Arbeit gegen Bezahlung zu finden. Nur noch 7,4 Prozent zwischen 63 und 65 Jahren haben eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Die Beschäftigungsquote, also der Anteil der Menschen mit einem vollwertigen Job, sinkt rapide ab dem Alter von Mitte 50. Von den 55- bis 58-Jährigen stehen noch 39,4 Prozent voll im Berufsleben. Bei den 58- bis unter 63-Jährigen sinkt die Quote auf 26,6 Prozent. Und trotz dieser dramatischen Entwicklung erhöhte die Große Koalition auf Vorschlag von Franz Müntefering (SPD) das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre! Das bedeutet vor allem eine drastische Rentenkürzung. Welch ein Zynismus!

Vielen Menschen in Deutschland reicht der Lohn nicht mehr zum Leben. Die Zahl der Voll- und Teilzeit-Beschäftigten mit zusätzlichen Hartz-IV-Bezügen zur Sicherung des Existenzminimums, die Zahl der so genannten Aufstocker, stieg im vergangenen Jahr weiter, berichtet die *Süddeutsche Zeitung* unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit. Insgesamt waren laut SZ im Juli 2008 etwa 1,35 Millionen Menschen auf ergänzende Hartz-IV-Unterstützung angewiesen. Darunter fallen neben den zusammen etwa 628.000 Aufstockern mit Vollzeit- oder Teilzeitjobs auch die etwa 724.000 Hartz-IV-Empfänger, die mit Minijobs ihre Einkommen verbessern müssen.

Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger wird weiter erheblich steigen. Diese Einschätzung teilen Arbeitsagenturen und Kommunen, die sich hierzulande um die Langzeitarbeitslosen kümmern. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet im nächsten Jahr mit einem Anstieg um etwa eine halbe Million Menschen. Derzeit beziehen nach Angaben des Deutschen Landkreistages rund 6,8 Millionen Menschen Hartz-IV-Leistungen. Wegen der Zunahme der Arbeitslosigkeit befürchtet die BA im kommenden Jahr ein Defizit in ihrem Etat von 15 bis 20 Milliarden Euro. Die vorhandene Rückstellung von 17 Milliarden Euro wird wohl bis Ende dieses Jahres aufgebraucht sein.

Schulden, Schulden, Schulden

Die Finanzlage des Staates ist dramatisch! Mit neuen, gigantischen Schulden soll das Desaster, das durch neoliberale Misswirtschaft und das Versagen der Politik angerichtet wurde, bekämpft werden. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung bietet ein Bild des Schreckens und vermittelt einen Eindruck vom Ausmaß der Löcher in den öffentlichen Haushalten. Zwischen 2009 und 2013 werden dem Bund rund 310 Milliarden Euro zur Deckung seiner Ausgaben fehlen. Lag die Staatsschuld im Jahr 2008 noch bei 65,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so springt sie dieses Jahr auf 74 Prozent. Ab 2010 wird sich die Staatsschuld weiter auf 79 Prozent erhöhen. Bis 2013 steigt sie dann voraussichtlich auf 82 Prozent. Von 2011 an greift die soeben im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Sie zwingt den Bund dazu, die Lücke im Etat bis 2016 in kleinen Schritten auf 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung zu verkleinern.

Die Steuereinnahmen des Staates werden sich in den nächsten Jahren deutlich verringern. Zum Beispiel werden die Einnahmen der großen Städte aus der Gewerbesteuer in diesem Jahr um bis zu 40 Prozent sinken. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich auf Steuerausfälle von rund 316 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013 einstellen. Allein 2009 fehlen den Haushalten mindestens 45 Milliarden. Das hindert die Bundesregierung jedoch nicht daran, die Interessen von Lobbyisten großzügig zu bedienen. Kurz vor Ende der Legislaturperiode bewilligte die Große Koalition beispielswei-

se eine Serie von Rüstungsprojekten für die Bundeswehr. Mehr als sechs Milliarden Euro müssen die Steuerzahler aufbringen, weil der neue Schützenpanzer „Puma“, eine „Seefuchs“ getaufte „Minenbekämpfungswaffe“ und Fernaufklärer für die Luftwaffe mit dem Namen „Euro-Hawk“ angeschafft werden sollen. Dazu erklärte Alexander Bonde vom Bündnis 90 / Grüne, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages: „Ich halte das, was im Rüstungsbeschaffungsbereich passiert und insbesondere, was in den letzten Wochen passiert ist, für unverantwortlich dem Steuerzahler gegenüber. Da wurden Dinge beschafft, die keiner braucht. Und es wurden Verträge eingegangen, wo ein erhebliches Risiko ist, dass sie am Ende nur zu Lasten des Steuerzahlers ausgehen.“

Die nächste Wahlperiode wird wegen der katastrophalen Finanzlage von Verteilungskämpfen geprägt sein, wie sie die Republik lange nicht gesehen hat. Die vom Bundestag bereits beschlossenen Steuerentlastungen, das so genannte Bürgerentlastungsgesetz, mit einem Volumen von 9,5 Milliarden Euro, werden die Parteien gern im Wahlkampf zitieren. Um insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro werden außerdem Betriebe durch mehrere Korrekturen bei der Unternehmensbesteuerung entlastet. Und im Wahlkampf werden von CDU/CSU und FDP weitere Steuerentlastungen versprochen.

Um 15 Milliarden Euro sollen die Steuern in den kommenden vier Jahren sinken. Einen genauen Termin gibt es nicht. „Steuererhöhungen lehnen CDU und CSU ab“, heißt es im Wahlprogramm. Und zur Mehrwertsteuer wird ohne weitere Konkretisierung erklärt: „Wir wollen eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung.“ Belastungswirkungen sollen korrigiert werden und die „europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche“ berücksichtigt werden. „Das 62-Seiten-Programm hat mit seriösem Politikstil erschreckend wenig zu tun. Es ist eine Sammlung von vagen Absichtserklärungen und teils unverschämten Verheißungen“ (*Focus Online* v. 23.06.09).

Ein ungerechtes Gesellschaftssystem

Deutschlands Schuldenberg wächst und wächst. Die Staatsschuld wird von knapp 1,6 Billionen Euro Ende 2008 in den nächsten vier Jahren auf mehr als 2 Billionen Euro steigen. Wer soll die Schulden bezahlen? Vor der Bundestagswahl wollen die meisten Politiker darüber nicht reden. Stattdessen werden Steuersenkungen angekündigt. Doch es gibt nur zwei Wege, die gewaltigen Finanzprobleme des Staates zu bewältigen: Entweder müssen die Einnahmen durch Erhöhung von Steuern verbessert werden, oder es müssen Ausgaben erheblich gekürzt werden. FDP und CDU/CSU haben sich bereits für Leistungskürzungen entschieden. Die Folgen: In allen staatlichen Bereichen steht künftig deutlich weniger Geld zur Verfügung, aber die Besitzer großer Vermögen werden geschont. Wer die aktuellen Nachrichten sorgfältig analysiert, wird leicht feststellen, wohin die Reise geht. Schlagzeile in der Tageszeitung *Die Welt*: „Der deutsche Sozialstaat gerät aus den Fugen.“ Ähnlich titelten auch viele andere Medien. In dem 300 Seiten starken „Sozialbericht 2009“ der Bundesregierung wird die Munition gesucht, mit der nach der Bundestagswahl der weitere Abbau von Sozialleistungen begründet wird. Die Schulden des Staates, so wird behauptet werden, hätten nicht die Banken und die Geldgier der Reichen verursacht, sondern die sozial Schwachen, die Arbeitslosen und die maßlosen Gewerkschaften. Welch ein Hohn! Damit dürfte aber auch klar sein: FDP und CDU/CSU sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wählbar! Nur die dümmsten Kälber...

Das Vertrauen der Menschen in Politik und Wirtschaft ist grundlegend erschüttert. Die Erklärungsversuche und Beschwichtigungsformeln der herrschenden Klasse werden von der Mehrheit des Volkes nicht mehr akzeptiert, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen. Auf die Frage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), ob es in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht zugehe, antworteten 75,1 Prozent der gut 1.000 Befragten mit Nein. Besonders deutlich fiel das Votum in Ostdeutschland aus. Fast 83 Prozent der dort wohnenden Befragten gaben an, Deutschland für ungerecht zu halten. Die Gefahr wächst, dass sie auch den Glauben an die verfasste Demokratie verlieren und radikalere Lösungen unterstützen. Rechts-extreme Aktivitäten haben in Deutschland und Europa bereits erheblich zugenommen. Emmanuel Todd, französischer Historiker, Soziologe und Globalisierungskritiker, hat in seinem neuen Buch „Après la démocratie“ (Nach der Demokratie) eine Zunahme des Rechtspopulismus in der französischen Gesellschaft festgestellt. In seiner Analyse begründet er den Widerspruch zwischen der Demokratie und dem Freihandelssystem. „Der Freihandel ist für die weltweite Krise verantwortlich, die wir derzeit erleben, und hat zu einer gigantischen Zunahme der Ungleichheit und eines Mechanismus geführt, der die entwickelten Gesellschaften zu ersticken droht“, erklärte er in einem Interview.

Die Mehrheit muss sich endlich wehren!

Am 27. September ist Bundestagswahl. Dann wird wieder Demokratie gespielt. Die Wählerinnen und Wähler sollen darüber entscheiden, welche Politikerinnen und Politiker, die von den Parteien ausgesucht wurden, ins Parlament geschickt werden. Danach machen die gewählten Damen und Herren wieder das, was ihre Parteiführungen von ihnen erwarten. Das Volk wird nicht mehr gefragt. Und das soll Demokratie sein? – Auf kommunaler und auf Landesebene gibt es in Deutschland die Möglichkeit der Volksbegehren und der Volksentscheide. 68 Prozent der Bundesbürger sind nach einer Forsa-Umfrage von Anfang Juni 2009 der Meinung, dass es diese Instrumente auch in der Bundespolitik geben sollte. Unter den Anhängern von CDU/CSU unterstützen 65 Prozent diese Forderung.

Aber auch das wird nicht reichen, um die bestehenden asozialen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Der Kapitalismus mit seinem Marktradikalismus ist niemals sozial und verdient kein Vertrauen. Er ist auch nicht reformierbar. Freiheit im Kapitalismus ist immer nur die Freiheit der Kapitalbesitzer. Deren Freiheit schränkt die Freiheit der großen Mehrheit in unserer Gesellschaft ein. Deshalb muss sich diese Mehrheit aktiv wehren, damit sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern.

Notwendig ist, dass in unserer Gesellschaft über die Vorstellungen, wie die Menschen in der Zukunft leben und arbeiten wollen, diskutiert, gestritten und entschieden wird. Deshalb müssen in erster Linie die Gewerkschaften für bessere gesellschaftliche Zustände kämpfen und die politischen Parteien mit Alternativen konfrontieren. Das bedeutet vor allem für hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre: raus aus den Büros, hin zu den Mitgliedern und in die Betriebe, damit gemeinsame Aktivitäten spürbar und überzeugend entwickelt werden. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften in der Gegenwart heißt: Begegnungen und Diskussionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördern, den Widerstand gegen die ungerechten und menschenverachtenden Verhältnisse organisieren und für eine demokratische Wirtschaftsordnung kämpfen!

Franz Kersjes (August 2009)